



23/SVV/0967-01

Änderungs- /Ergänzungsantrag
öffentlich

Mit der Städtepartnerschaft LGBTQ-Rechte schützen

<i>Einreicher:</i> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Fraktion SPD	<i>Datum</i> 04.10.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
-------------------------------------	----------------	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

Im Rahmen der Städtepartnerschaften im Sinne von Vielfalt und Toleranz und zur Beachtung der Rechte vom LGBTQ bei Besuchen in den Partnerstädten Vertretungen der LGBTQ zu treffen und Projekte zu den Themen der Gleichstellung von LGBTQ, Toleranz und Vielfalt zu unterstützen. Die Ergebnisse und Maßnahmen sind in den jährlichen Bericht zu den Städtepartnerschaften zu integrieren.

Begründung:

Europaweit werden wieder vermehrt staatliche Initiativen gegen Vielfalt, Toleranz und freiheitliche Grundrechte erkennbar. Dabei kommen zunehmend die Gruppen der LGBTQ in den Fokus staatlicher Repressionen und Radikalisierung. Als Partnerstadt pflegt die Landeshauptstadt Potsdam langjährige Beziehungen und organisiert kulturellen Austausch und gegenseitige Besuche im europäischen und internationalen Ausland. Wenn sie Opole und andere Partnerstädte darum bittet, die Rechte ihrer LGBTQ-Bevölkerung zu wahren und diese zu unterstützen, kann das nicht ignoriert werden. Die Landeshauptstadt Potsdam sendet damit ein klares Zeichen der Unterstützung an die in ihren Rechten bedrohten LGBTQ und kann ihren selbst gesetzten Auftrag umsetzen als "Stadt der Vielfalt, Chancengleichheit und Toleranz für alle Menschen, unabhängig von Lebensentwurf, Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Kultur, Glaube, sexueller Orientierung und Einkommen." (Leitbild der LHP)

Anlagen:

Keine